



N I E D E R S C H R I F T

**13. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Luckenwalde – Wahlperiode 2014 - 2019**

Sitzungstermin: Dienstag, 09.02.2016
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:38 Uhr
Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943
Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Jochen Neumann

Mitglieder-

Herr Jens Bärman

Herr Peter Gruschka

Frau Evelin Kiersch

Herr Dietrich Maetz

Herr Gerhard Maetz

Herr Erik Scheidler

Herr Hans-Dietmar Seiler

Herr Michael Wessel

Sachkundige Einwohner-

Herr Ralf Eyssen

Herr Ralf Lindner

Verwaltung-

Herr Ekkehard Buß

Frau Petra Hartfuß

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Herr Ingo Reinelt

Frau Lisa Schley

Herr Jürgen Schmeier

Herr Dirk Ullrich

Gast-

Herr Ronald Gottschalk

Herr Hagen Ludwig

Frau Claudia Prib-Neumann

Frau Heike Schendler

Frau Susanne Schöpke

Herr Manfred Thier

Schriftführerin-

Frau Sonja Dirauf

18:35 bis 20:12 Uhr

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Andreas Krüger

Sachkundige Einwohner-

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2015
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Gemeindehaus Frankenfelde - Vorstellung 2 Varianten barrierefreie Erschließung
6. Beschlussvorlage
- 6.1. Haushaltssatzung 2016 mit ihren Bestandteilen und Anlagen B-6165/2016
7. Informationsvorlagen
- 7.1. Konzept Gehwegsanierung I-6027/2016
- 7.2. Bericht zum Abschluss des Modellvorhabens "Kooperation im Quartier" (KiQ) I-6028/2016
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern
9. Informationen der Verwaltung
- 9.1. BIWAQ "Aktiv 'Am Röthegraben'"
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2015
12. Feststellung der Tagesordnung
13. Beschlussvorlagen

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 13.1. | Verkauf von Grundstücken in Luckenwalde, Potsdamer Straße, Flur 14, Flurstück 221 und Teilfläche in Größe von ca. 170 m ² des Flurstücks 222/6 | B-6168/2016 |
| 13.2. | Verkauf Grundstück am Zapfholzweg, Gemarkung Frankenfelde, Flur 6, Teilflächen in Größe von insgesamt ca. 8.000 m ² der Flurstücke 147, 150 und 155 sowie Gewährung eines Vorkaufsrechts für Teilflächen in Größe von insgesamt ca. 4.000 m ² der Flurstücke 147, 150 und 155 | B-6170/2016 |
| 13.3. | Vergabe Energetische Planung für Energetisches Quartierskonzept Nuthe-Burg | B-6166/2016 |
| 13.4. | Verkauf von Teilflächen der Flurstücke 305 und 665 der Flur 18 in Größe von insgesamt ca. 360 m ² | B-6171/2016 |
| 14. | Anfragen von Ausschussmitgliedern | |
| 15. | Informationen der Verwaltung | |
| 16. | Informationen des Ausschussvorsitzenden | |

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Neumann eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind acht Mitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2015

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 5. Gemeindehaus Frankenfelde - Vorstellung 2 Varianten barrierefreie Erschließung

Herr Reinelt erklärt, dass die Initiative zur barrierefreien Erschließung des Gemeindehauses Frankenfelde vom Ortsbeirat ausgeht. Im Gebäude findet ein reges Vereinsleben statt, es wird als Wahllokal genutzt und auch im Hinblick auf den demografischen Wandel ist eine Barrierefreiheit wünschenswert. In den Haushaltsplan 2016 sind Mittel für die weiterführende Planung eingestellt. Man hofft bei den Umsetzungskosten auf Fördermittel, die aber erst beantragt werden können, wenn die Baugenehmigung vorliegt.

Herr Gruschka erscheint zur Sitzung.

Frau Prib-Neumann stellt zwei Varianten für die barrierefreie Erschließung des Gemeindehauses vor (siehe Anlage 1).

Beide Varianten beinhalten eine Angleichung des Fußbodenniveaus im Erdgeschoss, den Einbau einer behindertengerechten Toilette und die Umsetzung eines zweiten baulichen Rettungsweges im Dachgeschoss. Dieser ist dringend notwendig, was auch eine Vorortbegehung mit Herrn Reichwehr von der Feuerwehr bestätigt hat. Der nachträglich eingebaute Rettungsbalkon erfüllt seine Funktion nicht, weil sich darunter das Glastach befindet. Der brandschutztechnisch notwendige Abstand zum Nachbargrundstück wurde nicht eingehalten. Der jetzige Zustand ist nicht zu dulden, da im Notfall eine Rettung aus dem Dachgeschoss nur durch die Fenster erfolgen kann. Im Dachgeschoss dürfen sich derzeit maximal 10 Personen gleichzeitig aufhalten. Da für eine zweite Außentreppe der Platz nicht ausreicht, wurde eine innenliegende zusätzliche Treppe eingeplant, die nur dem Rettungszweck im Notfall dient.

Die einfachere Variante sieht einen Plattformlift vor, der eigenständig zu bedienen ist, aber lediglich das Erdgeschoss barrierefrei erreichbar machen würde. Eingangsbereich und Tür würden im Rahmen der Maßnahme saniert werden. Während jemand den Plattformlift nutzt, wäre der Eingangsbereich blockiert. Bei dieser Variante wird mit Kosten in Höhe von 170.000 Euro gerechnet.

Variante zwei sieht einen geschlossenen Aufzug im Eingangsbereich vor, der auch das Dachgeschoss barrierefrei erschließen würde. Auch hier müssten die sanitären Anlagen z. T. angepasst werden. Im Dachgeschoss ist ein zusätzliches Fenster vorgesehen. Diese Variante wird mit dem zweiten Rettungsweg voraussichtlich 250.000 Euro kosten.

Herr Bärmann betont, dass es die erste Variante Behinderten nicht ermöglicht, das Dachgeschoss zu erreichen. Er fragt, ob bei der zweiten Variante das ganze Haus erreichbar wäre.

Frau Prib-Neumann antwortet, dass in den Kosten die Anpassung von Türbreiten etc. enthalten ist. Bei Variante zwei wurde auf eine zweite behindertengerechte Toilette verzichtet, da der Aufzug den Weg in das Erdgeschoss erleichtert.

Herr Bärmann möchte, dass geprüft wird, ob ein Neubau mit funktionalen ebenerdigen Räumen in diesem Kostenrahmen nicht auch möglich wäre.

Frau Prib-Neumann bestätigt, dass man sich mit dieser Variante ebenfalls beschäftigt hat. Neue Räumlichkeiten mit vergleichbaren 350 m² würden laut Baukostenindex etwa 550.000 Euro Kosten verursachen; inklusive Außenanlagen und Erschließung geht man von 700.000 Euro aus.

Herr Reinelt ergänzt, dass ein Ortsgemeinschaftshaus im Zentrum liegen sollte. Eine freie Fläche wäre nur am Ortsrand vorhanden. Außerdem wäre für einen Neubau keine Förderung möglich.

Herr Gruschka regt im Hinblick auf die veranschlagten Kosten an, die Ansprüche und Zielstellung zu überdenken. Er fragt nach brachgefallenen Grundstücken in Ortslage und hält es für zweifelhaft, die Entscheidung von der Fördermöglichkeit abhängig zu machen. Er sieht den zweiten Rettungsweg nicht als notwendig an. Das Übergangwohnheim in der Anhaltstraße habe auch keinen und die Lage des Gemeindehauses an der Straße sei für das Anleiten der Fenster doch günstig.

Frau Prib-Neumann betont, dass Herr Reichwehr diese Einstellung nicht teilt. Das Risiko ist zurzeit stark abhängig von der Anzahl der Personen, die im Notfall aus dem Dachgeschoss gerettet werden müssten. Bei dieser Raumgröße sind Versammlungen von 30 Personen möglich und diese könnten nicht in vertretbarer Zeit durch die kleinen Fenster gerettet werden.

Frau Schöpke unterstreicht ihren Wunsch, Variante zwei umzusetzen. Frankenfelde hat ein reges Vereinsleben; das Gebäude wird von Sportlern, Tanzgruppen und vielen mehr genutzt und trägt zum Dorfbzusammenhalt bei. Bei vielen Veranstaltungen wird das Dachgeschoss zeitgleich von 60 bis 70 Personen genutzt. Auf den zweiten Rettungsweg zu verzichten, hält sie für nicht tragbar. Im Dachgeschoss findet auch die Silvesterfeier statt, an der ein Rollstuhlfahrer aus Frankenfelde nie teilnehmen kann. Variante zwei ist zwar teurer, ermögliche jedoch in Zukunft eine Mehrzwecknutzung des Dachgeschosses.

Herr Scheidler sieht sich außerstande, in dieser Sitzung ein Votum für eine der beiden Varianten abzugeben. Er fragt nach dem geplanten Realisierungszeitraum.

Herr Reinelt betont, dass ein Votum des Ausschuss für die weiterführende Planung notwendig ist. Die Verwaltung würde Variante zwei bevorzugen, da sie nachhaltiger ist. Im Idealfall wäre eine Förderung in Höhe von 70 Prozent der förderfähigen Kosten denkbar. Stichtag zum Einreichen des Förderantrags ist der 30. September 2016.

Auf Nachfrage von **Herrn Scheidler** bestätigt **Herr Reinelt**, dass es sich um das LEADER-Programm handelt und stellt eine Realisierung für 2017 in Aussicht.

Frau Herzog-von der Heide ergänzt, dass bei einem Neubau die jetzige Liegenschaft veräußert werden müsste. Da sich das Feuerwehrgerätehaus auf dem Grundstück befindet, wäre ein Verkauf schwierig. Die Feuerwehr müsste mit an den neuen Standort ziehen.

Auf die Frage von **Herrn Wessel** nach dem Zustand des Gebäudes antwortet **Frau Hartfuß**, dass sich das Gemeindehaus in einem sehr guten Zustand befindet. In den 90er Jahren wurden Fenster, Dach, Dämmung und Fassade saniert.

Frau Prib-Neumann ergänzt, dass durch die Umbauten, wie bei einer Sanierung üblich, kleinere Anpassungen an der Elektroanlage nötig werden. Es ist nicht vorgesehen, den Keller trockenulegen.

Herr Seiler fragt nach der Anzahl der Rollstuhlfahrer in Frankenfelde und gibt zu bedenken, dass der Fahrstuhl im Brandfall nicht genutzt werden kann.

Frau Schöpke betont, dass Fahrstühle im Brandfall nie genutzt werden dürfen und dass die Bauaufsicht vorschreibt, dass Rollstuhlfahrer im Brandfall von den Rettungskräften getragen werden müssen. Derzeit gibt es einen Rollstuhlfahrer in Frankenfelde.

Herr Reinelt gibt zu bedenken, dass zu dem einen Rollstuhlfahrer in Frankenfelde etliche ältere Einwohner mit Rollator oder Gehhilfe dazu kommen. Für solche Menschen wäre der Plattformlift nicht geeignet. Der demografische Wandel darf nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Gruschka fragt, ob das Votum heute erfolgen muss.

Herr Neumann schlägt vor, das Votum im kommenden Hauptausschuss abzufragen.

Herr Bärmann möchte das Votum in Abhängigkeit der Förderung gegeben wissen.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass die Mittel benötigt werden, um den Förderantrag zu stellen. Falls keine Förderung gewährt werden würde, könnte man die Maßnahme in Abschnitten realisieren oder dann doch einen vereinfachten Umbau umsetzen.

Herr Neumann möchte das Thema in den Fraktionen besprechen.

Frau Herzog-von der Heide schlägt vor, das Votum in der nächsten Sitzung des SWU-Ausschusses abzufragen.

Herr Reinelt bemerkt, dass die Entwurfsplanung auch im Ausschuss vorgestellt wird.

Herr Gerhard Maetz empfindet die zweite Variante vor allem in Hinblick auf die vielen Nutzer als optimal.

Frau Kierschk spricht sich ebenfalls für die zweite Variante aus.

Frau Hartfuß, Frau Prib-Neumann, Frau Schöpke und Herr Gottschalk verlassen die Sitzung.

TOP 6. Beschlussvorlage

TOP 6.1. Haushaltssatzung 2016 mit ihren Bestandteilen und Anlagen B-6165/2016

Herr Bärmann schlägt vor, dass sich der Ausschuss demnächst erneut mit dem Planungsansatz Kreisverkehr beschäftigt. Mit der Umsetzung solle der Verkehrsfluss verbessert werden, aber die Fußgänger seien dabei außer Acht gelassen worden. Die verlässliche Grünphase entfällt dann und besonders ältere Fußgänger seien deshalb besorgt. Um die Fußgänger über die Straße zu lassen, müsse der Verkehrsfluss unterbrochen werden und somit stelle ein Kreisverkehr keine Verbesserung zur jetzigen Situation dar. Wegen des Einzelhandels in diesem Bereich gäbe es dort viele Fußgänger. Die Verkehrssituation insgesamt sieht er auch kritisch, da der Kreisverkehr auf eine Kreuzung führen wird und diese wieder in einen Kreisverkehr. Diese mehrmalige Richtungsänderung sei besonders für LKW schwierig. Er zweifelt daran, dass der Kreisverkehr eine gute Lösung ist und es stelle sich die Frage, ob die jetzige Ampelkreuzung belassen werden sollte.

Herr Scheidler bittet darum, dass mit dem Planungsauftrag die Untersuchung eines größeren Verkehrsraumes verbunden wird. Die Kreuzung Markt/Burg/Salzufler Allee an der Polizei stellt besonders wegen des Verkehrsstroms in Richtung Kaufland ein Problem dar. Er hält es für wichtig, dass sich externe Fachleute mit der Gesamtproblematik befassen und schlägt eine Vor-Ort-Begehung vor.

Frau Herzog-von der Heide erinnert daran, dass seit 18 bis 20 Jahren darauf hingearbeitet wird, die Ampelkreuzung durch einen Kreisverkehr zu ersetzen. Auch um Fördermittel bemüht sich die Stadt diesbezüglich. Während der Ausschuss sich mit den verschiedenen Kritikpunkten beschäftigt, sollen diese Bemühungen fortgeführt werden. Falls es jedoch darauf hinauslaufen sollte, dass kein Kreisverkehr entsteht, wird man sich mit den Konsequenzen auseinander setzen und die Kreuzung sanieren müssen.

Herr Scheidler betont, dass er den Kreisverkehr nicht in Frage stellt. Nach dessen Umsetzung würde es jedoch zu einer Verschärfung der Situation an der Kreuzung an der Polizei kommen und deswegen sollte der Betrachtungsraum größer gefasst werden.

Herr Neumann bekräftigt die Bedenken in Bezug auf die konfliktbelastete Kreuzung an der Polizei auch aufgrund ihrer Asymmetrie. Er hält einen Kreisverkehr an der Stelle der Ampelkreuzung für absolut sinnvoll. Andere Länder zeigen, dass der Verkehrsfluss verbessert wird und Zebrastreifen würden das Problem der Fußgänger lösen.

Herr Ullrich erinnert daran, dass es eine großräumige Untersuchung im Rahmen von European 8 gab. Damals wurde die Kreuzung an der Polizei in Hinblick auf Ampelkreuzung oder Kreisverkehr untersucht. Deswegen wurde dort auch ein Wohnblock abgerissen, um den Platz zu schaffen, damit diese Kreuzung rechtwinklig werden kann und die Sichtachsen wieder hergestellt werden können. Die Umsetzung des Kreisverkehrs wurde so lange verschoben, weil die Verkehrsstärken zu hoch waren. Durch die Ortsumgehung der B 101 sind die Verkehrsstärken nun in einem Bereich, in dem Kreisverkehre leistungsfähiger und sicherer sind. Generell haben sowohl Kreisverkehr, als auch Ampelkreuzung Gefahrenpunkte und damit Vor- und Nachteile.

Herr Neumann bittet darum, die Untersuchung zu European 8 erneut zur Verfügung zu stellen.

Frau Herzog-von der Heide bestätigt, dass das Thema aufgearbeitet und im Ausschuss thematisiert werden wird.

Herr Scheidler bittet weiterhin um ein Verkehrsraumkonzept für das Wohngebiet Arndtstraße. Der Haushalt beinhaltet Mittel für die Planung zur Sanierung der Arndtstraße. Herr Scheidler hält es für sehr wichtig, den ruhenden und fließenden Verkehr dort zu untersuchen, da die Wohnbaugenossenschaft ihre dortigen Parkflächen neu gestalten und dann bewirtschaften will. Auch in Bezug auf den Radweg in der Straße des Friedens werde sich dann ein massives Parkplatzproblem ergeben.

Frau Herzog-von der Heide kann diese Anregung nicht ohne weiteres als Auftrag annehmen. Die Verwaltung wird die Aufgabenstellung konkretisieren und dann muss erneut darüber beraten werden. Die Mittel, die im Haushalt eingeplant sind, sollen eine Investition vorbereiten und können nicht ohne weiteres für externe Hilfe an einem Konzept verwendet werden, aus dem keine Investition erwächst.

Herr Scheidler möchte wissen, was mit dem jetzigen Standort der Feuerwache passiert, wenn der Neubau eröffnet wird.

Herr Buß antwortet, dass laut Bebauungsplan der unter Denkmalschutz stehende Schlauchturm freigestellt werden soll und der Nuthepark bis zum Turm verlängert wird. Die Fläche zwischen Turm und Parkplatz ist in Privatbesitz und als Mischfläche für private Bebauung vorgesehen.

Herr Wessel ist der Meinung, die geplante Fläche für die Hundeauslaufwiese auf der Burg sei für diesen Zweck zu schade. Das Grundstück liegt sehr zentral und im Hinblick auf die

Parksituation, die sich mit der Hundewiese vermutlich verschärfen wird, hält er es für sinnvoller, eine Fläche am Stadtrand dafür zu nutzen. Er fragt nach den Regularien auf diesem Platz und ob sich damit die Hundesteuer erhöhen wird.

Frau Herzog-von der Heide betont, dass die Fläche auch weiterhin langfristig für Bebauung vorgesehen ist. Als Testfläche bietet sie sich an, weil sie bereits eingefriedet ist. Die zentrale Lage kommt den Hundebesitzern entgegen. Der zuständige Ausschuss hatte dem Vorhaben auf dieser Fläche zugestimmt.

Herr Eyssen kritisiert, dass in der Friedrich-Ebert-Grundschule seit Jahren die Wartung der Fenster vernachlässigt worden sei. Statt große Summen für die Sanierung auszugeben, sei es sinnvoller, jedes Jahr kleinere Reparaturen an den Fenstern vorzunehmen.

Herr Reinelt widerspricht dem. Jedes Jahr wird im Haushalt eine Summe für die Bauunterhaltung eingeplant, um Fenster zu sanieren, zu erneuern oder zu streichen. Er betont, dass in den vergangenen Jahren daneben erhebliche weitere Investitionen an der Friedrich-Ebert-Grundschule getätigt wurden.

Frau Mnestek verlässt die Sitzung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung berät und beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit ihren Bestandteilen und Anlagen gemäß § 67 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0
Zustimmung empfohlen

TOP 7. Informationsvorlagen

TOP 7.1. Konzept Gehwegsanierung I-6027/2016

Herr Ullrich erläutert die Informationsvorlage Konzept Gehwegsanierung. Das Konzept ist nicht starr festgeschrieben, man wird auch künftig auf Bedarfe flexibel reagieren. Außerdem wird, soweit möglich, in Zusammenarbeit mit den Medienträgern saniert, auch wenn deren Maßnahmenstandorte nicht den Prioritäten entsprechen.

Herr Seiler vermisst in der tabellarischen Auflistung eine Legende und die Angabe von Einheiten (Meter, Euro etc.). Er fragt in Bezug auf die Felgentreuer Straße, wie der Begriff Mischverkehr definiert wird.

Herr Ullrich erklärt, dass sich alle Verkehrsteilnehmer die Mischverkehrsflächen teilen. Es gibt dort keine Unterteilung in Fahrbahn, Parkfläche, Gehweg. Bei diesen Straßen handelt es sich um reine Anliegerstraßen ohne Durchgangsverkehr.

Herr Seiler weist darauf hin, dass die Felgentreuer Straße laut der Auflistung einen Gehweg habe, was bei einer Mischverkehrsfläche nicht der Fall ist.

Herr Ullrich erklärt, dass das Kreuz gemacht wurde, weil es dort eine befestigte Fläche gibt, auf der der Fußgänger laufen kann.

Herr Lindner kritisiert, dass seine Anregung, im Zuge einer Abwassererschließung im Baruther Tor die Straßenbeleuchtung zu sanieren, abgelehnt wurde, weil kein Geld vorhanden gewesen sei.

Herr Ullrich erklärt, dass die Stadt sich seit etwa fünf oder sechs Jahren am Ende jeden Jahres, wenn der Haushaltsentwurf grob vorliegt, mit den Städtischen Betriebswerken und der Nuwab abspricht und die Maßnahmen des nächsten Jahres abgleicht. So bleibt die Zeit, um sich bei Maßnahmen der Medienträger anschließen zu können. Im laufenden Jahr ist das zum Teil nicht mehr möglich. Man bemüht sich, die Maßnahmen gemeinsam durchzuführen, aber das klappt nicht immer, vor allem bei Havarien.

Herr Lindner versteht nicht, warum das Kabel für die Straßenbeleuchtung nicht verlegt werden konnte, obwohl die Nuwab eine hundertprozentige Tochter der Stadt sei.

Herr Ullrich weist darauf hin, dass oft mehrere Faktoren zum Tragen kommen. So werden Beleuchtungskabel in der Regel im Randbereich und nicht in der Straßenmitte verlegt.

Herr Eyssen weist darauf hin, dass der Bereich der Spandauer Straße recht ungeordnet sei. Gerade dort entstehen aber viele Neubauten und er regt deswegen an, auch über Bäume, Grünflächen und Spielplätze in diesem Gebiet nachzudenken.

Herr Bärmann fragt, ob es sich bei den Meterangaben in der Tabelle um Straßenlängen oder Gehweglängen handelt.

Herr Ullrich antwortet, dass sich die Angaben auf die Gehwege beziehen, die zum Teil auch beidseitig vorhanden sind. Bei den Quadratmeterzahlen wurde von einer durchschnittlichen Breite von zwei Metern ausgegangen.

Kenntnis genommen

TOP 7.2. Bericht zum Abschluss des Modellvorhabens I-6028/2016 "Kooperation im Quartier" (KiQ)

Herr Buß erläutert die Informationsvorlage Bericht zum Abschluss des Modellvorhabens „Kooperation im Quartier“ (KiQ) (Anlage 2).

Herr Eyssen möchte wissen, ob die zehn Objekte durch neue Eigentümer modernisiert wurden.

Herr Wessel bestätigt, dass das zum größeren Teil der Fall ist. Er bemerkt einen deutlichen Zustrom nach Luckenwalde aus Richtung Berlin.

Auf Nachfrage von **Herrn Eyssen** berichtet er, dass bei den bisherigen Eigentümern nicht nur Desinteresse einer Sanierung im Wege stand, sondern oft die finanziellen Mittel fehlten. Bei Besichtigungen versucht man die beiden Personengruppen zusammenzubringen. Zum Beispiel in der Baruther Straße hofft man, dass die verbesserte Nachfrage bald zu konkreten Erfolgen führen wird.

Kenntnis genommen

TOP 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 8.1. Einmündung Grabenstraße

Herr Seiler fragt nach dem Grund für die Gestaltung der Einmündung von der Straße Haag in die Grabenstraße. Bei der Sanierung des Gehweges entstand eine „Zunge“, die LKW, Rettungsfahrzeuge, Zulieferer etc. beim Abbiegen zwingt, den Gehweg zu überfahren.

Herr Schmeier sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Neumann ergänzt, dass die bauliche Situation sehr ungünstig ist, weil der Bordstein zur Grabenstraße nicht abgesenkt wurde. Er erinnert sich an die Vorstellung der Planung für die Straße Haag und hatte es damals so verstanden, dass die Einfahrt verengt wird ähnlich der Puschkinstraße in die Beelitzer Straße. Bedenklich findet er außerdem, dass durch die bauliche Umsetzung der Status der Grabenstraße als Einbahnstraße manifestiert ist. Dieser sei nicht dauerhaft geplant gewesen, sondern nur aufgrund der Sanierung der Beelitzer Straße eingeführt worden. Bei einer Behinderung in der Beelitzer Straße und der Poststraße würde die Einbahnstraßenregelung in der Grabenstraße zu einem Verkehrsproblem führen.

TOP 8.2. Sanierung Mehlsdorfer Straße

Herr Seiler verweist auf eine Präsentation in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen. Dort war ein Foto der Mehlsdorfer Straße abgebildet. Darunter habe „2016 Sanierung Mehlsdorfer Straße“ gestanden. Im Haushalt sind 15.000 Euro für die Planung der Sanierung vorgesehen, obwohl die Planung schon 2015 im Ausschuss vorgestellt worden sei. Er fragt, ob und wann die Mehlsdorfer Straße saniert wird.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass die Überschrift über dem Foto „Straßenplanung“ hieß, die Planung zur Investition dazu gehört und sich die Kosten lediglich auf die Planung bezogen hatten.

TOP 8.3. Beelitzer Straße einsturzgefährdete Häuser

Herr Gruschka fragt nach der Situation des einsturzgefährdeten Gebäudes neben dem Einkaufsmarkt. Auch in Bezug auf das dahinter geplante Neubaugebiet sei der jetzige Zustand unbefriedigend und Plakate zur Verhüllung des Gebäudes seien nicht ausreichend.

Herr Neumann erinnert daran, dass Herr Mann diesbezüglich eine Anfrage an den Landkreis gestellt hatte. Das Gebäude sei eine Gefahrenquelle auch wegen der herausfallenden Fensterscheiben. Noch schlimmer sei jedoch das einsturzgefährdete Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite (ehemals Gablona). Dort sei die Hälfte der Dachziegel abgerutscht und werde nur noch vom Schneefanggitter davon abgehalten, auf den Gehweg zu stürzen. Er fragt, ob der Landkreis inzwischen reagiert hat.

Herrn Buß ist keine Reaktion des Landkreises bekannt. Etwa zweimal im Jahr fragt die Stadt bei der Kreisverwaltung nach, ob in der Beelitzer Straße inzwischen Gefahr im Verzug besteht. Der Landkreis kontrolliert die Situation und sieht bislang keine Gefahr. Herr Buß wird die Hinweise erneut an den Landkreis weiterleiten.

Herr Eyssen sagt, er habe bereits vor zehn Jahren den Hinweis gegeben, dass in diesem Gebäude bedenkliche Materialien gelagert seien. Er hatte angeregt, dass die Feuerwehr eine präventive Begehung durchführt, dem sei man aber nicht nachgekommen.

Herr Buß informiert, dass man das Umweltamt über den dortigen Müll in Kenntnis gesetzt hat, dieses jedoch den Müll als nicht toxisch oder gefährlich eingestuft hat.

TOP 8.4. Parkplatz Parkstraße

Herr Lindner spricht die Grünpflege des Parkplatzes Parkstraße Ecke Gartenstraße an. Wenn die Fläche für die Pflegearbeiten gesperrt werde, solle in Zukunft zeitgleich die Kehrmaschine die Fläche säubern.

TOP 8.5. Parkplätze Dessauer Straße

Herr Wessel fragt nach einer Lösung für die Parkplatzsituation in der Dessauer Straße. Diese müsse umgesetzt sein, bis Ende des Jahres die neue Feuerwache in Betrieb gehe.

Herr Gruschka verlässt die Sitzung.

Frau Herzog-von der Heide erinnert an die Vorstellung der Planung, auf der anderen Seite des Hermann-Henschel-Weges eine Parkfläche zu befestigen. Die Mittel dazu wurden im letzten Jahr überplanmäßig/außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. In der nächsten Ausschusssitzung wird der Beschluss zur notwendigen Änderung des Bebauungsplanes vorgelegt.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

TOP 9.1. BIWAQ "Aktiv 'Am Röthegraben'"

Frau Schley stellt das Programm BIWAQ „Aktiv ‚Am Röthegraben““ vor (Anlage 3).

Auf Nachfrage von **Herrn Scheidler** erklärt **Frau Schendler**, dass es die SBH Südost GmbH seit letztem Jahr gibt. Sie ist entstanden aus dem TBZ Königs Wusterhausen, das es seit September 2013 in Luckenwalde gibt. Dieses hatte die Geschäftsfelder und das Personal von ehemals BB Gesellschaft für Beruf und Bildung übernommen. SBH steht für Stiftung Bildung Handwerk aus Paderborn, deren Tochtergesellschaft die SBH Südost GmbH ist.

Herr Eyssen fragt nach der Teilnehmerzahl, die erwartet wird.

Frau Schley informiert, dass der Zuwendungsbescheid eine Mindestzahl von 130 Personen vorschreibt. 51 Prozent davon müssen aus dem Gebiet der Sozialen Stadt kommen und mindestens 60 Prozent müssen langzeitarbeitslos sein.

Herr Bärmann lobt besonders die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und fragt nach den Möglichkeiten der Beratung.

Frau Schendler erläutert, dass die Integrationsbegleitung dazu da ist, die Langzeitarbeitslosen für den Arbeitsmarkt fit zu machen, darüber hinaus aber auch in Bezug auf alltägliche Probleme und Sorgen berät. Das Angebot kann individuell auf den Arbeitslosen zugeschnitten werden, ist flexibel und wird mit 1,3 Stellen umgesetzt. Zusätzlich ist das Jobcenter einmal in der Woche für zwei Stunden vertreten.

TOP 9.2. Stadtentdecker

Herr Buß informiert darüber, dass das Projekt Stadtentdecker mit einer elften Klasse des Friedrich-Gymnasiums fortgesetzt wird. Eine erste Präsentation findet am 3. März 2016 um 14 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses statt.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Um 20:33 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Jochen Neumann
Vorsitzender

Sonja Dirauf
Schriftführerin

13.10 24 31 00